

„Die Stimme“

Organ des Gewerkschaftsvereins der
Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Abonnementspreis pro Monat 30 Pf.
Bestellungen richtet man an den
Verlag: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Stimme“ an H. Barnholt, Ulm a. D., Karlsstr. 47, Telefon 1442.
Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Postkassen sind zu adressieren
Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 222.
Schulische Bestellungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222.
Postkassenkonto 89 221 beim Postamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4220

Anzeigen die 4-spaltige Postzeitung
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Beendigung des Lohnkampfes im Holzgewerbe.

In dem letzten Bericht über die zentralen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium brachten wir bereits zum Ausdruck, daß das vom 24.27. Juni erzielte Ergebnis Annahme in den einzelnen Landesbezirken finden wird. Diese Voraussetzung ist jetzt eingetroffen. Selbst in den strittig gebliebenen Bezirken Schleswig-Holstein-Lübeck und Thüringen ist nach den letzten Berichten eine Einigung erzielt worden. Zwar hat es auf beiden Seiten noch viel Mühe gekostet, um die örtlichen und bezirklichen Schwierigkeiten zu überwinden, doch nachdem erst zentral die Einigung über den Spitzenlohn erfolgt war, konnte und durfte das Ganze an den örtlichen und bezirklichen Sorgen nicht scheitern. Wichtig ist, daß in manchen Orten und Bezirken nur eine ganz schwache Mehrheit für die Annahme des Verhandlungsergebnisses vorhanden war, die Erbitterung über die so leichtfertig vorgenommene Ausperrung machte sich überall geltend, auch befriedigte die Lohnhöhe in etlichen Bezirken keineswegs. Die große Mehrheit folgte jedoch den Empfehlungen ihrer Haupt- und Bezirksleitungen, sodaß der Vertragsabschluß überall vollzogen werden konnte. Die Arbeit ist in den meisten Bezirken im Laufe dieser Woche aufgenommen worden. Nur in Schlesien, wo der Kampf bereits im April einsetzte und die Ausperrung bereits Anfang Mai erfolgte, soll die Arbeitsaufnahme erst am 6. Juli erfolgen. In diesem Bezirk wird besonders viel Porzellan zu heilen sein. Man muß auch hier die Frage aufwerfen, ob sich dieser Kampf in dem schlesischen Bezirk nicht hätte vermeiden lassen. Der Unterschied in der Preisgestaltung in den einzelnen Bezirken ist heute nicht derartig groß, daß man daraus einen solchen Unterschied in der Lohnfestsetzung als berechtigt ansehen könnte. Auch die Ortsklasseneinteilung ist in diesem Bezirk für die Dauer unhaltbar, man kann die Anfertiger von Nadelbüchsen nicht mit den hochqualifizierten Arbeitern der Piano- und Möbelindustrie auf eine Stufe in der Entlohnung stellen; auch das Gegeneinanderarbeiten der einzelnen Arbeitgeberverbände in diesem Bezirk hat viel zu diesen Streitigkeiten beigetragen. Hoffen wir, daß aus diesem langen Kampfe die notwendigen Lehren gezogen werden.

Betrachtet man das Ganze, so muß festgestellt werden, daß in der Lohnpolitik durch die unter zentraler Führung getroffenen Vereinbarungen eine gewisse Einheitlichkeit festgelegt worden ist. Gewiß ist der Unterschied in der Entlohnung für manche Bezirke noch ganz erheblich, ein dementsprechender Ausgleich konnte nicht auf einen Hieb geschaffen werden, sondern das muß bei der nächsten Gelegenheit nachgeholt werden. Die Lohnregelung ist bis zum 15. Oktober 1925 erfolgt. Die Zwischenzeit werden die beiderseitigen Zentralvorstände dazu benutzen, um über die Möglichkeit der weiteren Durchführung der Lohnverhandlungen auf breiter Basis Vereinbarungen zu treffen, die insbesondere dahin gehen dürften, die Aufgabe der Zentralvorstände in bezug auf das Vertragsverhältnis zu umgrenzen. An unsere Kollegen wird es nun liegen, auch ihrerseits diese Zeit auszunützen, um Aufklärung in die Massen zu bringen, daß nur eine innerlich und äußerlich gefestigte Organisation imstande ist, die Rechte der Holzarbeiter nach jeder Richtung hin zu wahren. Die Ausperrung muß auch dem letzten indifferenten Holzarbeiter die Augen geöffnet haben.

Die Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zur Lohnfrage.

II.

Nur mit Verringerung der sonstigen Produktionskosten wird, von besonders gearteter Einzelfällen abgesehen eine Heraufsetzung der Löhne ohne entsprechende Einwirkung auf die Preise möglich sein. Eine allgemeine Lohnsteigerung muß zu einer allgemeinen Heraufsetzung des Preisniveaus führen. Diese Wirkung muß sich umso mehr zeigen je länger der Weg vom Rohstoff

bis zum bearbeiteten Produkt und von hier zum Konsumenten ist. Gegen diese Entwicklung, die ihre Ursache zum Teil in der Ueberreaktion des Einzelhandels hat, stehen, solange nicht der Reinigungsprozess in der Güterverteilung durchgeführt und die Zahl der Geschäfte auf das nötige Maß verringert ist, der Industrie Mittel der Selbsthilfe nur im beschränkten Umfang zur Verfügung, namentlich, wenn der Einzelhandel sich hier nicht zu einer Unterstützung der industriellen Bestrebungen entschließen kann.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß das Preisniveau auch trotz steigender Löhne durch entsprechende Verringerung der Gewinnrate des Kapitals zu erhalten wäre. Auf der Gewinnrate neben den sonstigen Produktionskosten der Schuldendienst der deutschen Industrie die einschließlich der Industrieobligationenschuld aus dem Dawes-Abkommen heute mit insgesamt etwa 10 Milliarden M. M. d. h. fast mit dem dritten Teil ihres Wertes verschuldet ist. Zahlreiche, früher als bestfundiert bekannte Aktiengesellschaften weisen eine Verschuldung in Höhe ihres Aktienkapitals auf. Der Schuldendienst bedingt durch die Kapital- und Kreditkrisis wird täglich schwerer, zumal wesentliche Teile der im letzten Jahre aufgenommenen Kredite nicht investiert, sondern zur Bezahlung des Imports, der Lohnerhöhungen und der unwirtschaftlichen und untragbaren Steuern verbraucht sind. Besonders lastet der Schuldendienst auch auf dem Mittel- und Kleinbetrieb, der die zur Aufrechterhaltung des Betriebes unentbehrlichen Kredite, wenn er sie überhaupt bekommt, erheblich höher (vielfach bis zu 20 Prozent) als der Großbetrieb verzinsen muß. Nur verhängnisvolle Kurzsichtigkeit kann deshalb heute aus der Ausschüttung mäßiger Dividenden für das Aktienkapital auf ein Wohlergehen der Betriebe schließen. Solange die deutschen Betriebe nicht von selbst neues Kapital bilden können sind sie auf Investierungen fremder, vor allem ausländischer Kapitalien angewiesen, die dafür ihre Rente beanspruchen. Die heutige Gewinnrate des deutschen Unternehmers steht nicht unter minderem Druck wie die deutschen Arbeitsbedingungen. Sie wird — wie jene — durch die sonstigen Produktionskosten und -lasten bedingt, wie der Preis durch die Produktionskosten und die Absatzmöglichkeiten bedingt ist.

Die deutsche Unternehmerschaft kann Lohnerhöhungen, die zu Preiserhöhungen führen müssen nicht verantworten.

Sie kann dies um so weniger tun als die Unsicherheit in der Lohngestaltung zu einer nicht minder bedenklichen Unsicherheit in der Preisgestaltung führt.

Das größte Hindernis für feste Preise ist heute noch die bestehende Unsicherheit in den Absatz- und Erzeugungsbedingungen und damit in der Kalkulation. Mit allem Nachdruck muß daher darauf hingearbeitet werden, daß diese Unsicherheit und die sich hieraus ergebenden Wagnisse, die Anlaß zum Einkalkulieren von Risikoprämien bieten wegfallen. Vor allem gilt es, dem Rennen zwischen Löhnen und Preisen, dessen Verderblichkeit wir aus der Inflationszeit zur Genüge kennen, vorzubeugen.

Obwohl heute noch keine Sicherheit in den Absatz- und Produktionsbedingungen und demnach keine Klarheit in der Kalkulation besteht, haben die Kartellstelle und der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie sich nach langwierigen Prüfungen zur Festpreispflicht entschlossen, an der unbedingt und uneingeschränkt festgehalten werden soll. Die Mißerfolge der vielen Preisabbauversuche der Regierung sind zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen daß die Regierung in Verkennung der wirtschaftlichen Zusammenhänge mit oder ohne amtliche Unterstützung einen Preisabbau fördert und öffentlich propagiert ohne darauf hinzuwirken, daß zunächst die grundlegende Voraussetzung für einen nachhaltigen Preisabbau geschaffen wird nämlich Sicherheit in den Erzeugungs-, Absatz- und Kalkulationsbedingungen. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat es seit jeher für die wichtigste Aufgabe der Preisgestaltung in der Gegenwart gehalten, im Interesse der Vernichtung der Wirtschaft auf Festpreise hinzuwirken. Die Schwierigkeiten in der Durchführung der Festpreise sind größer, als erwartet wurde. Vor allem kommt es darauf an, Klarheit in der Steuer-, Arbeits- und Lohnpolitik zu bekommen. Die Gefahr, die sich aus Lohnerhöhungen für die Festpreisgestaltung ergibt, ist besonders groß bei den langfristigen Abchlüssen die sich auf mehrere

Monate, ja bis auf ein Jahr und mehr erstrecken. Wenn innerhalb dieser Abschlußdauer die Löhne mehrere Male auch nur um einige wenige Prozente steigen, so kann dem Lieferanten nicht zugemutet werden, zu Festpreisen zu verkaufen, wenn er nicht entsprechend hohe Risikoprämien in den Preis ein kalkuliert.

Von der Lohngestaltung in den kommenden Monaten wird es deshalb erheblich abhängen, ob sich der Festpreisbeschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie aufrechterhalten läßt oder nicht. Ein Mißlingen und ein durch die Verhältnisse erzwungenes Gleitpreissystem müßte die schwersten Schäden für Wirtschaft, Währung und Volk haben.

Die Forderung nach Festpreisbeschlüssen müssen wir besonders für das Baugewerbe erheben. Die Industrie als Produzent für die Bauwirtschaft, wie als Bauauftraggeber u. als Tarifvertragskontrahent für ihre eigenen Lohnsätze steht in dem festen Bauabschlüssen einen Anknüpfungspunkt für die Durchführung der zur Gesundung führenden Preis- und Lohnpolitik. Sie sucht hier Schulter an Schulter mit dem Baugewerbe. Bekanntlich das Baugewerbe seinen Baustoff nicht zu Festpreisen und stellt es sich selbst, wie die Industrie, stets neuen Lohnerhöhungen während der Bauausführung gegenüber, so kann ihm eine Durchführung der Festpreispolitik nicht zugemutet werden. Der Mangel an Facharbeitern treibt gerade im Baugewerbe das Lohnniveau nach oben. Die Möglichkeit, namentlich bei Bauaufträgen aus der öffentlichen Hand, weitere Lohnerhöhungen im Baugewerbe mittels der Lohnklausel im Bauvertrag auf den Baupreis abzuwälzen, bringt einen Anreiz zu Lohnforderungen der Gewerkschaften und lähmt den Widerstand der Bauunternehmer. Die geringe Spanne zwischen Facharbeiter- und Hilfsarbeiterlöhnen im Baugewerbe begünstigt das Ueberpringen von Lohnerhöhungen im Baugewerbe auf die Industrie. So sind die Bauarbeiter vielfach die Sturmtruppe der Gewerkschaften. Industrie und Baugewerbe, die gemeinsam gegen eine weitere Verteuerung der Bauwirtschaft arbeiten müssen, fordern deshalb gemeinsam die Erfüllung der für schnellste Rückkehr zu festen Bauverträgen im Lohnsatz gegebenen Bedingungen.

Ein weiteres Kapitel in der Denkschrift behandelt die Forderung langfristiger Arbeitssätze, indem man schreibt: Die verderblichen Einwirkungen der Lohnpolitik auf die Preispolitik werden sonach nur durch sofortigen Übergang zu langfristigen Lohn- und Arbeitszeittarifen vermieden werden können.

Auch gegen gestaffelte Tarife wendet man sich im folgenden. Sagen: Der Übergang darf dabei nicht mit zeitlich gestaffelten Tarifen gemacht werden. Gestaffelte Lohnsätze auch wenn sie langfristig sind sind daher noch schädlicher wie kurzfristige Tarife.

Beim Kapitel: Keine Lohnerhöhung durch Zwangstarife heißt es: Ferner muß die Möglichkeit von Lohnerhöhungen durch Zwangstarif für sich allein schon lohn- und preistreibend wirken und damit die Festpreispolitik gefährden. Entfällt die Zwangsmöglichkeit bei Lohnerhöhungen, so liegt die Entscheidung über den Lohn in der Willensfreiheit der Tarifvertragskontrahenten oder der Kontrahenten der Arbeitsverträge. Der größte Teil der Verbindlichkeitserklärung von Lohnsätzen wird nach unserer Auffassung unter Verletzung der vom Reichsarbeitsministerium selbst aufgestellten Grundsätze durch die Schlichter und zum Teil durch das Reichsarbeitsministerium selbst vorgenommen.

Im Kapitel: Schematische Lohnvergleiche durch die Schlichter heißt es: Die amtliche Lohnpolitik, namentlich die Lohnpolitik der Schlichter läßt den Einblick in den tatsächlichen Ernst der wirtschaftlichen Lage vermissen.

Nachdem man dann noch die Lohnpolitik der öffentlichen Hand, Lohn und Währung behandelt hat, kommt man an das Kapitel: Haltung der Gewerkschaften. Dort heißt es: Die deutsche Unternehmerchaft, überzeugt von der unerbittlichen Nichtigkeit ihrer Darlegungen und durchdrungen von dem Gefühl, zur Erhaltung und Wiedergesundung von Staat und Wirtschaft zu langfristigen, sozialen Frieden zu kommen, hat sich vergeblich bemüht, bei jeder Gelegenheit an die Einsicht der organisierten deutschen Arbeiterchaft und ihrer Führer zu appellieren. Sie hat dabei wiederholt ihren ernsten Willen zur sachlichen Zusammenarbeit mit der Arbeiterchaft unter Würdigung der unumgänglichen Wirtschaftsnöwendigkeiten kundgetan. Trotzdem wird die Lohn- und Arbeitsfrage nach wie vor dramatisch behandelt und zum Objekt der Parteipolitik gemacht.

Zum Schluß richtet man dann einen dringenden Appell an die Regierung, indem man schreibt: An dieses Verantwortungsgefühl heute noch einmal in tiefem Ernst und im Willen zum Handeln, in der Zweck unserer Aufgabe. Verantwortliche Stellen sollten sich nicht zur Begründung eigener Untätigkeit etwa hinter Fehler zurückziehen, die zum Teil auch innerhalb der Unternehmerchaft in kurzfristiger und egoistischer Betrachtung der Wirtschaftsverhältnisse gemacht werden. Die Arbeit der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Spitzenorganisationen der deutschen Industrie ist planmäßig um Vermeidung solcher Fehler in den eigenen Reihen und um Einstellung jedes einzelnen Unternehmers in den Dienst der Gesamtwirtschaft und des gesamten Volkes bemüht.

Wir sind der Auffassung, daß überaus selten der Reichsregierung nichts unverändert bleiben darf um den nach vorbilliger Auswirkung der Dames-Belastungen hereinbrechenden schweren Wirtschaftskämpfen und Wirtschaftskrisen nach Möglichkeit vorzubeugen und durch rückhaltlose Betonung dessen, was ist, das gefamte Volk abe es zu spät ist über den Ernst der Lage aufzuklären. Wer das deutsche Volk liebt muß es täglich an die wirtschaftlichen Grundlagen seiner Arbeits- und Lebensbedingungen, an die Furchtbarkeit der hier vorliegenden Zahlen und an die daraus folgenden Pflichten erinnern. Die innerpolitische Verunsicherung und die zunehmenden sozialen Kämpfe sind letzten Endes eine Folge dieser Wirtschafts- und Lebensvorschiebung und niemals wird ein innerer Frieden die wichtigste Voraussetzung zum Wiederaufstieg, möglich sein, wenn nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Produzenten und Konsumenten Regierung, Parlament und Volk sich stets der Grundlagen erinnern, auf denen wir arbeiten und leben müssen, um das Volk zur gemeinsamen Ueberwindung der Not zusammenzufassen und auswärts zu führen.

Deshalb rufen wir Sie, hochverehrter Herr Reichskanzler, die gesamte Reichsregierung, im besonderen den Herrn Reichsarbeitsminister und nicht zuletzt den Herrn Reichsbankpräsidenten auf in diesem Sinne gemeinsam mit allen einschichtigen Volkskreisen die autoritative Führung unbeeinträchtigt durch Parteirücksichten, in die Hand zu nehmen vor allem an verantwortlicher Stelle immer wieder dem deutschen Volk die volle Wahrheit zu sagen und sich ungesäumt der zum Abgrund führenden Entwicklung mit aller Energie auch auf dem hier behandelten Gebiet entgegenzusetzen. Es geht — das ist verantwortungsbedingte Ueberzeugung der in der Vereintigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände zusammengeschlossenen Preise der deutschen Arbeitgeberchaft aller Fachgruppen und Gewerbe in allen Ländern und Bezirken des Reiches in der Tat um das Schicksal von Staat, Volk und Wirtschaft.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Präsidium und Vorstand. Geschäftsführung.
Ernst von Borja. Dr. Länaler. Dr. Weiffinger.

Wir haben den Sinn dieser Denkschrift teils wörtlich, teils im Auszug wiedergegeben, damit unsere Mitglieder sich selber ein Werturteil bilden können. Es ist ohne Zweifel das Recht jeden Staatsbürgers, jeder wirtschaftlich und politischen Vereinigung, ihre Wünsche den maßgebenden Körperschaften zu unterbreiten. Zunächst muß bemerkt werden, daß die Eingabe in aller Stille erfolgte, erst als einzelne Tagesblätter sich damit beschäftigten, erfolgte Uebergabe an die Öffentlichkeit.

Wir haben des öfteren betont, daß diese Presse, welche die Denkschrift verfaßt haben, sich von jeher als die alleinigen Träger, auf Grund ihrer Machtstellung, betrachten.

Interessant ist, daß man mit keinem Wort die Wirkungen der Schutzollgesetzgebung erwähnt, daß man sogar die Berengung unserer schon in Friedenszeiten zu knappen Ernährungsmittel-erzeugung besonders hervorhob, während der Reichsernährungsminister Graf Kanitz kürzlich in der Aussprache mit den Vertretern des Gewerkschaftsrings über die neue Zollvorlage behauptete, daß Deutschland sich ausgerechnet heute bereits mit Getreide, Kartoffeln und Fleisch so gut wie völlig versorgen könne.

Des weiteren erwähnt man die schärfste Betriebskalkulation in der Denkschrift nicht, sondern man wendet sich ausschließlich gegen die „hohen“ Löhne. Diese Preise haben die Berechtigung einer angemessenen Entlohnung für Arbeiter und Angestellte noch nie anerkannt.

Betreffs des Exports ist es richtig, wenn man sagt: Der deutsche Export ist abhängig von den Produktions- und Absatzbedingungen. Dann muß man logischer Weise für Erleichterungen des Exports sorgen. Dies ist aber unmöglich, wenn man, wie es zur Zeit geschieht, die Einföhrung der die Gesamtproduktion verteuernde Zölle fordert.

Professor Dr. Bonn hat in einer vom Gewerkschaftsring in Berlin veranstalteten großen Kundgebung gegen die Zollvorlage diese Verhältnisse gezeichnet und das treffende Wort geprägt: „Die deutsche Arbeitgeberschaft treibe „Freihandel in Menschen und Schutzollpolitik in Waren.“

An der Tat, die ganze wirtschaftspolitische Einstellung ist nur aus dem Glauben und Willen heraus verständlich, das Lohn- und Gehaltsniveau der deutschen Arbeitnehmer so tief zu halten, daß wir uns trotz der Erkenntnis, daß der deutsche Export von den Produktionsbedingungen abhängig ist, möglichst hohe produktionsverteuernde Schutzölle leisten können. Hier gilt es besonders die Augen offen zu halten, wenn die Zollmauer einmal steht muß die dem Export entgegenwirkende Verteuerung abgewälzt werden, wenn unsere Wirtschaft nicht zugrunde gehen soll. Aber der, auf den sie abgewälzt werden wird, ist und bleibt der deutsche Arbeiter und Angestellte.

Beim Kapitel: „Haltung der Gewerkschaften“ ist wahrhaftes Bemühen um den sozialen Ausgleich, Wille zur sachlichen Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern und Verantwortungsgefühl danach nur auf Arbeitgeberseite zu finden.

Dass man selbst die Arbeitsgemeinschaften durch ihre Haltung zerklüftet hat, scheint man längst vergessen zu haben. Das Verantwortungsgefühl scheint darin zu liegen, daß man wie in den letzten Wochen, mithilft, 30000 Holzarbeiter ohne geringste Ursache auf das Straßenpflaster zu werfen. Alle schönen Redensarten tänschen uns über den wahren Geist der Denkschrift nicht hinweg, sachliche Zusammenarbeit ist nach Ansicht dieser Preise nur mit den gelben Wertvereinen möglich. Das ist der Geist, den der habliche Staatspräsident Dr. Hellbach bei einer Arbeitgeberversammlung mit Recht als eine ebenso große Gefahr bezeichnete, als das entgegengesetzte extreme Verlangen nach einer Diktatur der Arbeitnehmer.

Die deutschen Arbeitgeber sollten endlich einsehen, daß „Führen“ nicht im Diktieren besteht, daß Vertrauen die Voraussetzung des Gemeinschaftsgedankens ist und daß Vertrauen nicht durch eine solche Methode brüchiger Beweisführung und einseitiger Behauptungen erweckt werden kann. Unsere Kollegen werden aus dieser Denkschrift ihre Schlüsse ziehen, sie werden wieder einmal darauf hingewiesen, daß Kräfte am Werke sind, ihre Rechte zu schmälern. Druck erzeugt Gegendruck. Besterer kann am besten erzeugt werden, wenn jede freie Stunde in dem Dienst unserer Gewerkschaftsbewegung gestellt wird um Aufklärung in die Massen zu tragen. Nur so wird es stets gelingen, die Machtgierlinge bestimmter Interessentengruppen erfolgreich abzuwehren.

Getreidezoll — Brotverteuerung!

Bei der großen Kundgebung des Gewerkschaftsrings (siehe „Eiche“ Nr. 26) hat Professor Dr. Bonn treffend nachgewiesen, daß Zölle verteuern wirken, denn sie sollen ja das auswärtige Produkt teurer machen, die ausländische Konkurrenz erschweren. Um Anhänger für den Schutz Zoll zu wirken, wird von den Schutzöllnern das Gegenteil behauptet. In Wirklichkeit hätten die Zölle keinen Sinn, wenn sie nicht die Waren verteuern würden.

Es hat eine Zeit gegeben, wo auch die Vertreter des Großgrundbesitzes dieselbe Anschauung vertraten. Auf eine industriell schutzöllnerische Forderung entgegnete ein gut konservativer Abgeordneter am 19. Oktober 1849 im Landtage:

„Der Schutz Zoll und Zunftzwang legen einem Teile der Bevölkerung zum Vorteil des anderen Opfer auf, nämlich die Verpflichtung die Waren teurer zu bezahlen als sonst. Außerdem habe der Schutz Zoll das einzige Resultat, daß er einzelne Fabrikbesitzer bereichere.“

Der Abgeordnete, der diese richtigen Ansichten hatte war niemand anders, als Herr Otto von Bismarck. Er ist zwar im Jahre 1875 selbst nicht für Schutz Zölle, aber für Finanz Zölle eingetreten. Er forderte:

„Daß wir in unsern Zöllen uns doch freimachen von dieser zu großen Masse von zollpflichtigen Gegenständen, daß wir uns auf das Gebiet eines reinen einfachen Finanzollsystems zurückziehen und alle diejenigen Artikel, die nicht wirklich Finanzartikel sind, . . . über Bord werfen.“

Im Februar 1875 tagte der Kongress der Landwirte; dort wurde der Standpunkt vertreten, daß nicht der Freihandel, sondern die bestehenden industriellen Schutz Zölle an den herrschenden Umständen Schuld seien; und im Oktober desselben Jahres verlangte der Ausschuss des preussischen Deputiertenkollegiums eine Weiterentwicklung der Handelspolitik auf dem Boden von internationalen Handelsverträgen, und wenige Tage darauf der deutsche Landwirtschaftsrat die Aufhebung der Eisen Zölle.

Ferner sei auf die „Krauzzeitung“ hingewiesen, die im November 1878 schrieb:

„. die deutsche Landwirtschaft sollte sich vor schutzöllnerischen Viehhäusern hüten, wenn man jetzt meint, die Lage der deutschen Landwirtschaft durch Einführung von Schutz Zöllen verbessern zu können, so gibt man sich damit einer Illusion hin, die man später einmal beklagen wird.“

Am 25. Mai 1870 erschien in Berlin ein Aufruf, in dem es heißt:

„Die Unterzeichneten sind eintig in der Ueberzeugung, daß die rein wirtschaftlichen Interessen am gerechtesten entwickelt und am gerechtesten geregelt werden durch freien Austausch; daß die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Ländern, den Wohlstand ebenso hebt, wie die Arbeitsteilung zwischen Landesgenossen; daß die sogenannten Schutz Zölle, welche die internationale Arbeitsteilung hemmen, besonders schädlich sind für Deutschland, dessen hochentwickelte Industrie in allen Zweigen schon einen bedeutenden Teil ihres Absatzes auf dem großen Weltmarkt gefunden hat; daß die Schutz Zölle außer ihrer allgemeinen Schädlichkeit der Stempel einer offensbaren Ungerechtigkeit an sich tragen: daß also der auf uns lastende Rest des Schutzollsystems beseitigt werden muß.“

Unter diesem Aufruf standen auch die Namen der Konser-

ativen: Behr-Schmolbow, Elsner von Gronow, Freiherr von Hüllessem, Graf Lehndorf, von Thadden, M. A. Riendorf, Dr. Lucius-Klein-Basthaufen.

Aus vorstehendem ist ersichtlich, daß die Väter unseres Großgrundbesitzes zum großen Teil noch Freihändler waren; heute wird nicht nur ein Schutz Zoll, sondern sogar ein Mindest Zoll gefordert. Während die in der Zolltarifvorlage eingesetzten Zölle für industrielle Waren autonom sind, d. h. bei den Handelsverträgen die Möglichkeit besteht, sie als Verhandlungsobjekt zu benutzen, sollen bei den vier Hauptgetreidearten Mindest Zölle, die nicht unterschritten werden dürfen, von vorn herein festgelegt werden.

Ein beliebtes Argument des Großgrundbesitzes ist, daß durch die Zölle die nationale Arbeit geschützt wird. In Wirklichkeit kommt der Getreidezoll nur einigen wenigen Großgrundbesitzern zugute.

Der kleine Bauer verkauft kein Getreide und die Viehzüchtende Landwirtschaft hat auch kein Interesse am Getreidezoll. Nach einer Statistik von 1895 waren in Preußen 1045 Zöllekommissionen, die sich in Händen von 939 Inhabern befanden; darunter waren nur 90 bürgerliche, alle andern gehörten dem Adel an. Wir hatten nach derselben Statistik landwirtschaftliche Betriebe überhaupt 5558317; davon hatten weniger wie 20 Hektar 5251489 Betriebe mit 14816303 Hektar; von 20 bis 99 Hektar 281767 Betriebe mit 9868367 Hektar. Die Betriebe mit weniger wie 20 Hektar haben ganz zweifellos kein Interesse am Getreidezoll. Betriebe von 20 bis 99 Hektar nur in geringem Maße. Demnach bleiben nur 2,21 Prozent Großgrundbesitzer Geschenk gemacht wird. Selbst wenn das Verhältnis der großen und kleinen Betriebe zueinander durch die Abtretung weiterer Gebiete sich etwas verschoben haben sollte, so ist kaum anzunehmen, daß der Unterschied ein wesentlicher ist.

Das Brot ist das Hauptnahrungsmittel für die arbeitende Bevölkerung. Rechnet man, daß ein erwachsener Arbeiter jährlich 200 Kilogramm Brot isst, so wird in einer Familie von 5 Köpfen etwa 800 Kilogramm gebraucht. So kann man ermessen, wieviel dieser Arbeiter zu Gunsten des Großgrundbesitzes jährlich zahlen hat. Das Ungerechteste beim Getreidezoll ist, daß die Vermögenden, die nicht in der Lage sind Fleischnahrung in genügender Menge zu kaufen, am meisten zahlen müssen. Je größer die Familie, um so mehr muß an Getreidezöllen bezahlt werden. Die reichen Leute, die das Brot nur in geringer Menge zum Fleisch und anderen Dingen verzehren, werden durch den Getreidezoll nur minimal belastet.

Aus diesen Gründen können wir als Vertreter der Arbeiterklasse absolut nicht für den Getreidezoll eintreten. Es ist eine Liebesgabe für wenig und verteuert die Lebenshaltung für die breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger. Nicht nur, das aus dem Ausland bezogene Getreide wird verteuert, in demselben Maße, wie der Zoll erhoben wird, wird auch das inländische Getreide teurer werden. Wir sind aber nicht in der Lage, in Deutschland so viel Getreide zu bauen wie wir zum Leben notwendig haben. 1906 wurde von auswärts nach Deutschland eingeführt:

Weizen im Werte von 281 Millionen Mark

Malz im Werte von 112 Millionen Mark

Gerste im Werte von 238 Millionen Mark

Hafer im Werte von 75 Millionen Mark

Woggen im Werte von 75 Millionen Mark.

Es ist ausgeschlossen, daß die deutsche Landwirtschaft diese Mengen mehr aus dem Boden hervorbringt; selbst wenn der höhere Preis ein Anreiz zur intensiven Getreidewirtschaft bietet. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes immer weitere Wünsche haben und selbst, wenn es ihnen gut geht, immer neue Klagelieder anstimmen. Wir finden keinen einzigen Grund, für Getreidezoll einzutreten, weil das Interesse der Allgemeinheit höher steht, wie das Interesse des Großgrundbesitzes. Deshalb lehnen wir die Getreidezölle entschieden ab.

Ein Unvergesslicher.

Am 26. Juni 1925 sind 20 Jahre verfloßen, als die Kunde laut wurde, daß der Begründer der Deutschen Gewerksvereine, unser Urvater, Dr. Max Hirsch seine Augen für immer geschlossen hat. Tiefe Trauer zog in die Herzen Tausender Gewerkschaftskollegen. An der Bahre legten jedoch die Führer der Gewerksvereine das Gelübde ab, den von dem Verstorbenen ausgestreuten Samen weiter zu verpflanzen. Dies ist trotz aller Stürme, die über uns hereingebrochen sind, getreulich gehalten worden. Man konnte dies um so leichter tun, indem das Leben und Wirken unseres Verstorbenen Dr. Max Hirsch bahnbrechend für die deutsche Arbeiterbewegung war. Sein Eintreten für das Genossenschaftswesen und die Unterstützung, welche er allen Bildungsbestrebungen zu teil werden ließ, sicherten ihm in weiten Volkskreisen einen ehrenvollen Platz in der Arbeiterbewegung.

Der Verstorbene war in wahren Sinne ein Mann des Volkes. Im Jahre 1832 zu Halberstadt als Sohn eines Großkaufmanns geboren, hat er nahezu ein Alter von 73 Jahren erreicht. Nach Absolvierung des Domgymnasiums zu Magdeburg besuchte er die Universitäten Tübingen, Heidelberg und Berlin wo er dem Studium der Philosophie, wie den Rechts- und Staatswissenschaften oblag. Durch eine längere Studienreise ins Ausland,

wie nach Frankreich und Nordamerika erweiterte er sein Wissen. Im Jahre 1859 etablierte er sich in Berlin als Verlagsbuchhändler und begründete auch ein politisches Wochenblatt. Schon zu dieser Zeit bekundete Dr. Max Hirsch ein lebhaftes Interesse an den Volksbildungsbestrebungen, war als Lehrer am großen Berliner Handwerkerverein tätig und gehörte verschiedenen anderen gemeinnützigen Vereinen als Mitglied an. Als er im Jahre 1862 infolge Ablebens seines Vaters dessen Geschäft übernahm und nach Magdeburg überiedelte, entwickelte er neben seiner geschäftlichen auch eine rege Vereinstätigkeit. Bis dahin kannte man in Magdeburg weder Arbeiterbildungsvereine, noch Genossenschaften; dem Bemühen von Dr. Max Hirsch gelang es aber bei den Arbeitern das Interesse für diese Bestrebungen zu wecken und er hatte die Freude, zu sehen, wie sich die von ihm begründeten Vereine unter seiner Leitung gut entwickelten, segensbringend wirkten und anderen Vereinen in anderen Städten zum Vorbild dienten. Nachdem Max Hirsch im Jahre 1867 wieder nach Berlin überiedelt war und bald darauf im Winter von 1867 zu 1868 in Ostpreußen die große Hungersnot ausbrach da hielt er es für seine Pflicht, selbst zu gehen und zu ergründen, wie der Armut und dem Elend am besten begegnet werden könnte. Beim Anblick der traurigen Verhältnisse und in der Erkenntnis daß trotz die vielen und großartigen technischen und wirtschaftlichen Fortschritte mit der Zunahme des Reichtums auch die Armut und das Elend gleichen Schritt hält liegen Zweifel bei Max Hirsch auf ob die Hebung der Volksbildung und die Förderung des Genossenschaftswesens allein genügt eine wirkliche Besserung der sozialen Lage des Arbeiterstandes herbeizuführen. Diese Zweifel gaben Max Hirsch Veranlassung nochmals zu prüfen, ob auf dem Wege der Selbsthilfe nicht noch Besseres erreicht werden könnte und er ging zu diesem Zweck nach England, um dort zu studieren und aus eigener Anschauung kennen zu lernen, wo Selbsthilfe und Selbstregierung schon damals in ausgezeichnete Weise gehandhabt wurden.

Mit dem ihm innewohnenden Scharfblick erkannte er den Wert einer nationalen Berufsvereinigung für die deutsche Arbeiterchaft und schon im Sommer 1868 gaben seine englischen Arbeiterbriefe welche in der „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht wurden, den deutschen Arbeitern Gelegenheit, sich mit der Sache zu beschäftigen und der Frage näher zu treten. Die wirkliche Einleitung zur Begründung der Gewerksvereine begann aber erst mit seiner Rückkehr von England. Bei der Ausföhrung der von ihm als Zweck sprechend und die Gesamtfrage der deutschen Arbeiterchaft hebende Ideen fand Dr. Max Hirsch begeisterte und wertvolle Unterstützung bei Männern wie Schulze-Dettlich, Paster, Franz Dunder und andere. In einer am 28. September 1868 im „Univerſum“ zu Berlin stattgehabten Versammlung wurde nach einem Vertrag von Dr. Max Hirsch die Begründung der Deutschen Gewerksvereine beschlossen.

Dem an Deutschlands Arbeiter erlassenen Aufruf zur Begründung von Ortsvereinen und zum Anschluß an eine „Organisation der Arbeiter nach Berufsarten zum Zwecke der Regelung und Besserung aller Arbeiterverhältnisse und der gesamten sozialen Lage“ wurde so zahlreich stattgegeben, daß die einzelnen Gewerksvereine schon Wngsten 1869 zusammentreten konnten welche Dr. Max Hirsch zum Anwalt wählte.

Was Dr. Max Hirsch seitdem nicht nur allein für die Gewerksvereine, sondern auch für die gesamte deutsche Arbeiterchaft leistete, das wird ewig unbergessen bleiben.

So war auch der 26. Juni 1925 für uns Gewerksvereine ein besonderer Gedenktag wo wir am Grabe des Unvergesslichen des Kämpfers der deutschen Arbeiterbewegung Rückchau über das hinterlassene Erbe halten konnten.

Die Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine und mit ihnen zahlreiche Freunde legten aus Anlaß des 20-jährigen Todestages einen Kranz nieder mit dem Gelöbniß, nach wie vor für die Ideen des Verstorbenen ihre ganze Kraft widmen zu wollen, in der sicheren Erkenntnis, so am besten das Andenken von Dr. Max Hirsch zu ehren.

Aus den Ortsvereinen.

Elbing. Am 19. Juni 1925 hielt der Gewerksverein der Holzarbeiter zu Elbing seine Monatsversammlung ab, die verhältnismäßig gut besucht war. Der Vorsitzende Kollege Marau begrüßte zunächst die Anwesenden ganz besonders die zahlreich erschienenen neu aufgenommenen Kollegen der Firma Komnick und gab dem Wünsche Ausdruck alle tüchtige Kämpfer unserer Gewerksvereins-Ideen zu werden. Nachdem der geschäftliche Teil Protokoll und Kassenabluß zur Kenntnis gebracht war wurde zuerst zur Wahl von zwei Verbandsvertretern geschritten. Hierauf verlas der Vorsitzende die Anträge des Hauptvorstandes betr. der Erhebung von Extrabeiträgen. In kurzen, aber treffenden Worten schilderte er die Notwendigkeit derselben. Hierauf hielt der Bezirksleiter, Kollege B. Hinz, einen Vortrag über die zur Zeit tobenden Lohnkämpfe die erstmals mal in Bezirk Osten in den Städten Danzig Stolz und Bütow sich abspielten. In Danzig ist überhaupt noch kein Ende abzusehen, da die dortigen Arbeitgeber bisher zu keinen Verhandlungen zu bewegen gewesen sind. In Stolz ist am 13. Juni der Streik beendet, aber bei der Wiederaufnahme der Arbeit bereiten die Arbeitgeber jetzt

so viel Schwierigkeiten, ja einzelne Unternehmer verlangten sogar den offiziellen, 8 stündigen Arbeitstag. Auf Grund dessen hat nun erst ein kleiner Teil der Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch auch weiterhin nach Stolz noch große Summen von Unterstützung gesandt werden müssen. Die Ausperrung im Deutschen Reiche zeigt so recht den Machtzettel der Unternehmer. Es lag zu dieser großen Ausperrung absolut kein Grund vor, die ganze Sache läuft nur darauf hinaus, die Arbeiterorganisationen zu vernichten. Dieses beweist ja schon die den Arbeitnehmern vorgelegte Erklärung, so weit sie keiner Organisation angehören, weiter arbeiten können; alsdann wurden noch die Verhältnisse bei den Großfirmen Schichau und Kamnick hier in Elbing besprochen sowie die Schaffung eines Bezirksmantelvertrages im Osten, der natürlich noch in weiter Ferne liegt. Aus allen diesen Gründen wurden die Maßnahmen der Hauptleitung, die Ausschreibung von Extrabeiträgen gutgeheißen und die Kollegen verpflichteten sich, die Extrabeiträge pünktlich zu entrichten. Die Versammlung nahm folgende Entschliessung an: Die Elbinger Kollegen sind durchdrungen von dem Bewußtsein, daß die Zahlung von Extrabeiträgen unbedingt notwendig sei und wünschen den Kollegen im Reiche vollen Erfolg. Da schnelle Hilfe doppelt wirkt, wurde beschlossen, sofort eine höhere Summe aus der Kassa, der Hauptleitung zur Verfügung zu stellen. Das Thema „Schutzoll“ wurde hierauf von Kollegen Diebig Vorsitzender vom G. D. A., näher erörtert. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß die letzte Vergangenheit Deutschlands zunächst in 3 Phasen einzuteilen sei. 1. Die 4 1/2 jährige Kriegszeit 2. die Zeit der Inflation und 3. die Zeit nach der Stabilisierung der Währung. Wenn man sich nur diese 3 Zeitspannen näher betrachtet, so kommt man ganz von selbst auf den Gedanken, daß in der jetzigen Zeit niemals Schutzölle zu ertragen seien. Die Notwendigkeit der Schutzölle für die Landwirtschaft kann vor allem deswegen nicht anerkannt werden, weil man doch dann erst die Frage stellen muß: Wer hat während des Krieges gehungert, wer hat in der Inflation gehungert und wer hungert jetzt bei stabiler Währung? Zugegeben, daß mit Einführung der Festmarke die Landwirtschaft nicht mehr auf Rosen gebettet ist, dafür hat sie aber ihre guten Zeiten hinter sich die bei den Konsumenten auch während des Krieges und nach dem Kriege weggefallen sind. Eine andere Frage ist es überhaupt, ob der Schutzoll der Landwirtschaft dienlich ist. Es ist keine Frage, daß der kleine Landwirt kein Interesse am Schutzoll haben kann. Der Schutzoll bringt eine Verteuerung von Grund und Boden mit sich und führt automatisch zum Aufkauf des Kleingrundbesitzes durch den Großbesitz. Wir haben heute ein Interesse daran, die Bildung von Kleingrundbesitz zu fördern und demgegenüber den Großgrundbesitz nur dann zu erhalten, wenn er mit dem Kleingrundbesitz konkurrenzfähig ist. Jeder einzelne, auch der städtische Arbeiter, hat ein gewaltiges Interesse daran, daß der Kleingrundbesitz vermehrt wird. Bei dichter Bevölkerung um die Stadt wird der Verbrauch gesteigert und infolgedessen die Geschäftsgelegenheit verbessert und der Arbeitsmarkt günstiger gestaltet. Um was es sich bei der Schutzollvorlage handelt, sind nicht allein Agrarzölle sondern auch Eijenzölle. Die große Landwirtschaft will mit den Schwerindustriellen sich gegenseitig Schutzölle verschaffen. In der heutigen Zeit haben wir kein Interesse an der Verteuerung der Lebensverhältnisse, die nach dem Schutzoll kommt sondern ein Interesse an einer möglichen Verbilligung. Wir müssen heute, da wir den Krieg verloren haben, bestrebt sein, möglichst viel Ware, Fertigfabrikate, auszuführen, die weiterverarbeitende und die Veredelungs-Industrie muß einen viel größeren Markt einnehmen, wollen wir nicht Menschen ausführen. Schutzoll bedeutet immer Freihandel mit Menschen, also Arbeitskraft und Schutz der Ware. Die Arbeitnehmerschaft im Verein mit den gesamten Konsumenten müssen sich mit aller Energie auflehnen gegen eine Schutzollpolitik die die breiten Massen der Bevölkerung entgegensteht. — In der Diskussion ergriff noch der Bezirksleiter, Kollege Hinz, das Wort und erläuterte noch die Höhe der Sätze. So sollen z. B. bis 31. Juli 1926 auf den Doppelzentner Weizen 3,50 Mk., Roggen 3,— Mk., Gerste 2,— Mk. und Hafer 3,— Mk., ab 1. August 1926 für Weizen 5,50 Mk., Roggen 5,— Mk., Gerste 3,50 Mk. und Hafer 5,— Mk. Zoll entfallen. Was dieses für die Ernährung bedeutet dürfte wohl jedem klar sein. Die Kosten der Nahrung dürften sich zum mindesten um 25 Prozent wiederum erhöhen, so daß wieder ganz enorme Lohnkämpfe stattfinden müssen. In den 80 er Jahren des vorigen Jahrhunderts hat selbst der damalige Reichkanzler Bismarck erklärt: Auch der verrückteste Agrarier wird nie an einen Getreidezoll von drei Mark denken. Dieser Ausspruch ist vor etwa 40 Jahren geschehen, als Deutschland noch in voller Blüte stand; und nun, wo alles darniederliegt, geht man gewissenlos über diese Sätze hinaus. Des Weiteren wurde noch die Arbeit vom Vorstande des Gewerkschaftsringes zu dieser Zollvorlage und die dem Reichswirtschaftsministerien bekannt gegebenen Gegengründe. Mit großer Beifall wurden die Ausführungen der beiden Hauptredner aufgenommen. Zum Schluß wurde noch dem Vorsitzenden auf die dem Ortsverband angehörenden Sportvereine, wie Gesang- Turn- und Radfahrerverein hingewiesen und die Kollegen ermahnt, diesen Vereinen mehr Aufmerksamkeit entgegen zu bringen. Abschluß wurde die Versammlung in später Abendstunde geschlossen.

Joseph Bartisch, Schriftführer.